

# Ausbildung von Friseurinnen und Frisuren

Der DPB hat mit Blick auf den Welt-Psoriasis-Tag die Initiative über den für das Bundesausbildungsgesetz zuständigen Justizminister Heiko Maas ergriffen, dass die Ausbildung von Frisörinnen und Frisuren inhaltlich verändert wird.

Der DPB hofft damit, die Situation von Menschen mit einer Psoriasis der Kopfhaut nachhaltig zu verbessern. In der Aufforderung des DPB heißt es: „Menschen mit Psoriasis müssen – wie Menschen ohne diese lebensbegleitende Erkrankung auch – regelmäßig zur Friseurin bzw. zum Friseur. Dort, in dieser alltäglichen Umgebung, werden die an Schuppenflechte erkrankten Menschen oft stigmatisiert und diskriminiert. Die Stigmatisierung und Diskriminierung resultiert wohl weniger aus böswilliger Absicht als vielmehr aus Unwissenheit der Friseurinnen und Friseure. Denn während ihrer gesamten Berufsausbildung werden die Auszubildenden nicht darauf vorbereitet, Kundinnen und Kunden mit Schuppen-

flechte zu begegnen. Diesen bedauerlichen Umstand möchte der DPB mit Ihrer Hilfe ändern.“ Die Schwierigkeit, Veränderungen zu bewirken, resultiert auch



aus dem föderalen System. „Dem DPB ist bekannt, dass dieser Rahmenlehrplan in den einzelnen Bundesländern aufgrund ihrer föderalen Hoheitsrechte auch noch unterschiedlich umgesetzt wird. Leider nehmen chronische, ursächlich nicht heilbare Erkrankungen wie die Psoriasis

---

keine Rücksicht auf föderale Strukturen und Rahmenlehrpläne.“ Abschließend appelliert der DPB an den Justizminister: „Sie würden der gesellschaftlichen Stigmatisierung der Menschen mit Psoriasis in Deutschland entgegenwirken und den Betroffenen helfen! In diesem Zusammenhang möchte der DPB auch Sie an die Psoriasis-Resolution der Weltgesundheitsorganisation WHO vom 24. Mai 2014 erinnern, mit der die Schuppenflechte als fünfte Erkrankung – neben Diabetes, Krebs, Herz-Kreislauf- und Atemwegserkrankungen – in die Liste der schwersten nicht ansteckenden Erkrankungen der Welt aufgenommen wurde. Die WHO-Mitgliedstaaten sind damit aufgefordert, nicht nur die medizinische Versorgung zu verbessern, sondern insbesondere auch Maßnahmen gegen die Stigmatisierung der Erkrankten zu ergreifen.“

Der Minister reagierte bisher nicht! ■